



## **Niederschrift**

22. Plenarsitzung des Gemeinderates  
24. März 2026, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 9 der Tagesordnung: Haushaltswirtschaftliche Sperre 2026**  
Vorlage: 2026/01691/1

**Punkt 9.1 der Tagesordnung: Haushaltswirtschaftliche Sperre 2026, Umsetzung**  
Vorlage: 2026/0203

**Punkt 9.2 der Tagesordnung: Haushaltswirtschaftliche Sperre 2026, Umsetzung**  
**Kapitaleinlage durch Zuführung von städtischen Grundstücken**  
Ergänzungsantrag: GRÜNE  
Vorlage: 2026/0203/1

**Punkt 9.3 der Tagesordnung: Haushaltswirtschaftliche Sperre 2026**  
Anfrage: FÜR  
Vorlage: 2026/01691/2

**Punkt 9.4 der Tagesordnung: Reduktion der Einsparungen der Personalbesetzungssperre**  
**Änderungsantrag: Volt**  
Vorlage: 2026/0203/

## **Beschluss:**

Punkt 9:

Der Gemeinderat nimmt die Unterrichtung gemäß § 28 Absatz 2 Nr. 1 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) über die voraussichtliche Verschlechterung des Planergebnisses 2026 zur Kenntnis und beschließt eine haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 29 GemHVO für das Haushaltsjahr 2026.

Punkt 9.1:

Der Gemeinderat beschließt die Umsetzung der haushaltswirtschaftlichen Sperre (§ 29 GemHVO) für das Haushaltsjahr 2026 mit konkreten Maßnahmen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Punkt 9: Mehrheitliche Zustimmung (42 JA-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

Punkt 9.1: Mehrheitliche Zustimmung (37 JA-Stimmen, 6 Nein-Stimmen)

Punkt 9.2: keine Abstimmung

Punkt 9.3: keine Abstimmung

Punkt 9.4: keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 9, 9.1, 9.2, 9.3 und 9.4 zur Behandlung auf.

Ich würde alles zusammen gemeinsam aufrufen, und wer dennoch länger reden möchte, kann ja eine zweite oder dritte Runde machen.

**Stadtrat Cremer (GRÜNE):** Es ist erst drei Monate her. Ende Dezember vergangenen Jahres hatten wir nach wirklich schwierigen Beratungen einen Haushalt verabschiedet. Dabei haben wir doch mit sehr hohem Engagement darum gerungen, wie schmerzhaft Einsparungen in Höhe von 80 Millionen Euro erbracht werden können. Jetzt, drei Monate später, befinden wir uns quasi wieder zurück auf Los. Wegen der erheblich verschlechterten Gewerbesteuersituation müssen wir nochmals 60 Millionen Euro einsparen. Das ist wirklich ein Ausdruck der völlig ausgehöhlten Kommunalfinanzen und nicht spezifisch Karlsruher Kommunalfinanzen, sondern allgemein der Kommunalfinanzen.

Wir haben jetzt einen Vorschlag der Verwaltung, eine Haushaltssperre zu erlassen und mit den hinterlegten Maßnahmen im folgenden Tagesordnungspunkt direkt im nächsten Schritt wieder aufzulösen. Das hört sich jetzt natürlich sehr einfach an, Problem erkannt, Problem gebannt. So ist das nicht. Was wir jetzt hier dann an Maßnahmen vorsehen, das hat es wirklich in sich. Wir würden eben die Kapitalbasis der KVVH noch mal massiv schwächen, wenn wir 30 Millionen Euro weniger Verlustausgleich vornehmen würden. Eine Wiederbesetzungssperre würde die MitarbeiterInnen der Verwaltung nochmals stärker belasten, die sowieso schon stark belastet sind. Und nicht zuletzt, last, but not least, eine Entnahme von Gewinn der Volkswohnungen würde deren Leistungsfähigkeit schwächen, neuen, kostengünstigen Wohnraum zu schaffen. Ein Ziel, das uns allen sehr wichtig ist.

Wir sehen all diese Maßnahmen sehr kritisch, dennoch unterstützen wir diesen Weg, denn, das ist uns auch wichtig: Nur dadurch, dass wir jetzt eben Maßnahmen finden, den Haushalt wieder in eine einigermaßen gerade Lage zu bringen, kann der Haushalt auch umgesetzt werden. Und das ist wichtig für alle Projekte, die wir in der Stadt haben, und auch für alle diejenigen, die auf Zahlungen der Stadt angewiesen sind. Wir stellen aber gleichzeitig noch einen Ergänzungsantrag, um die wirtschaftliche Basis der Volkswohnung weiter zu stärken, im Gegenzug für die Entnahme von Gewinnen. Das ist uns sehr wichtig, denn die Volkswohnung soll nicht nur den Bestand erhalten, die Volkswohnung soll auch in der Lage sein, weiter kostengünstigen Wohnraum zu stellen. Deswegen wollen wir, dass die Stadt aus ihrem Grundstücksbestand, da gibt es Grundstücke, die sind heute ohne größeren Wert im Portfolio der Stadt, an die Volkswohnung übertragen werden. Dadurch können wir Werte heben, und die Volkswohnung wird in ihrer Basis gestärkt und kann auch kostengünstigen Wohnraum schaffen. Wir halten die Antwort der Verwaltung erst mal für hinreichend. Da steht jetzt von einem Grundstück. Das kann viel bedeuten. Es kann auch wenig bedeuten. Wir gucken mal, was dabei rauskommt, und würden gegebenenfalls noch mal auf Sie zukommen. Wir unterstützen diesen Weg.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich habe es im Hauptausschuss schon gesagt. Ich denke trotzdem noch mal, es ist Zeit, noch mal allen zu danken, die diesen Haushalt mit auf den Weg gebracht haben, denn das war keine einfache Aufgabe. Wir mussten hier schon extrem viele Kompromisse schließen, und wir haben dann in der Mitte des Gemeinderates dies

auch mit einer großen Mehrheit gemacht. Dass uns allerdings dies nach so kurzer Zeit schon wieder auf die Füße fällt, davon war nicht auszugehen, aber es war klar, dass es in so eine Richtung gehen wird, denn, und das muss man zur Ehrlichkeit auch sagen, wir hatten einen Haushalt beschlossen, der ein Defizit von 40 Millionen auch hatte. Das muss man ganz klar sagen. Von daher: Wir haben zwar versucht, das Beste draus zu machen, aber es war lediglich ein erster Schritt, und das, was wir heute machen, auch dies ist nur ein weiterer Schritt, um jetzt die Handlungsfähigkeit der Stadt Karlsruhe eben weiter zu gewährleisten. Und das muss aber auch allen klar sein. Natürlich sind wir nicht alleine.

Ich glaube, wir sind eine der wenigen Kommunen, die überhaupt einen genehmigungsfähigen Haushalt bekommen haben. Von daher ist dies schon mal gut, ja? Aber wenn ich mir hier immer den ein oder anderen Wortbeitrag anhöre, dann bin ich mir noch nicht ganz sicher, ob das alle hier verstanden haben. Es ist immer nur wieder ein „mehr“, ein „schön“, ein „besser“ und „den müssen wir auch noch berücksichtigen“. Ja, das würden wir auch gerne. Wir würden auch gerne alles umsetzen, aber es geht nicht mehr einfach so. Aber jede Krise hat auch eine Chance, ja? Und zwar jetzt müssen wir auch ganz klar priorisieren. Und es muss ganz klar auch gesagt werden, ja, wo was nicht mehr gemacht werden kann. Und hier nehmen wir auch Sie, Herr Oberbürgermeister, in die Pflicht, ja? Sie haben uns jetzt hier ein Sparpaket vorgelegt mit zwölf Millionen einer Stellenbesetzungssperre. Die müssen aber auch erbracht werden. Und zwar nicht auf dem Rücken der städtischen Bediensteten, sondern da müssen auch Aufgaben wegfallen. Und dies muss auch ganz klar in den Dezernaten benannt werden. Und dann dürfen wir als politische Vertreterinnen und Vertreter nicht wieder sagen: „Aber das hätten wir auch noch gerne.“ So wird es nicht funktionieren. Ich denke, lieber Kollege Cramer, Sie kommen ja noch dran. Ich denke, dass es uns bewusst sein muss, dass dies ein einzelner Schluck aus der Pulle ist, den wir noch mal nehmen können. Und eigentlich muss ab morgen, muss es losgehen, ja, dass wir uns hier zusammensetzen und klar eine Prioritätenliste machen müssen, was wir uns noch leisten können und was nicht. Und nur so wird da auch ein Schuh draus. Ansonsten sitzen wir alle sechs, sieben, acht Monate hier und müssen ein neues Fass aufmachen. Und dies wollen wir nicht.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Es sind 53 Tage gewesen. 53 Tage von unserem Satzungsbeschluss, bis öffentlich bekannt werden, dass die Gewerbesteuer um 51 Millionen eingebrochen ist. 53 Tage, wo wir uns quasi ein bisschen in Sicherheit gewogen haben über diesen sehr mühsam aufgestellten Haushalt. Da haben die Kolleginnen und Kollegen ganz recht. Und am Ende des Tages sind es die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, auf denen vor allem diese Last liegt. Denn sie wissen jetzt nicht, können sie ihre Projekte umsetzen? Sie haben Sorge um weitere Einschnitte, um weitere Sparrunden. Und sie haben auch die Wut der Bürgerinnen und Bürger zu spüren bekommen und bekommen sie zu spüren, die jetzt eben Angst haben um das, was kommen könnte. Deswegen ist es richtig, und deswegen danken wir der Verwaltung, dass wir jetzt ganz schnell handeln und Maßnahmen benennen, die uns aus dieser Situation helfen. Und auch wir als SPD-Fraktion müssen heute Entscheidungen treffen, die wir so niemals treffen würden. Ich möchte ganz konkret hier auch die Wiederbesetzungssperre nennen. Das ist etwas, das wir niemals machen würden wollen. Wir belasten unsere Mitarbeiter, die wir sowieso schon belastet haben in den letzten Jahren, immer mehr und müssen es jetzt aber trotzdem tun. Denn wir wollen nicht in diese Situation kommen, dass wir jetzt wieder ins Aufdröseln gehen, dass wir wieder die nächste Sparrunde machen, weil auch das würde am Ende des Tages ja wieder auf dem Rücken der Mitarbeitenden landen und deren Belastung noch zusätzlich erhöhen. Deswegen sehen wir

uns genötigt und auch ein Stück weit gefordert, diesen Schritt auch mit der Wiederbesetzungssperre heute zu gehen. Trotzdem fordern wir die Verwaltungsspitze auf, und wir wissen, dass das ja gewissenhaft gemacht wird, aber wir wollen Sie trotzdem hier auch noch mal öffentlich dazu auffordern: Machen Sie das mit großer, großer, großer Verantwortung. Gucken Sie wirklich die Einzelfälle an und nehmen Sie auch die Personalräte, die örtlichen, aber auch den Gesamtpersonalrat sehr, sehr ernst. Und da gucke ich zum Beispiel auch zu unseren Personaldezernenten. Es ist unheimlich wichtig, dass wir jetzt mit den Mitarbeitenden im guten Dialog bleiben, und zu schauen, dass wir die Einzelfälle, die wirklich dann noch zu massiven Belastungen führen, dass wir die angehen.

Ein zweiter Punkt, den wir sicherlich als SPD-Fraktion, ja, Zähne knirschend kann man gar nicht sagen, also den wir eigentlich niemals mitgehen wollen, ist die Gewinnabführung der Volkswohnung. Allein der Begriff Gewinnabführung ist so was von irreführend, denn es suggeriert, dass wir eine Gesellschaft haben, die unheimlich viel Geld generiert, und man muss einfach nur abschöpfen. Aber am Ende des Tages, wir wissen es ganz genau, wir werden diese Gewinnabführung zum Teil kreditfinanzieren, wir werden Zinsen bezahlen für diesen Gewinn, wir werden Steuern bezahlen für diesen abgeführten Gewinn, wir müssen unser Portfolio reduzieren, Dinge, die wir wahrscheinlich sowieso getan hätten, aber all diese Sachen müssen wir tun. Und wir werden als SPD auch dieses Mal dieser Gewinnabführung, dieser vermeintlichen Gewinnabführung zustimmen, einfach aus Alternativlosigkeit, weil wir nicht diese Konsequenzen auf die Mitarbeitenden und auf diese Stadtgesellschaft umwälzen wollen, die es mit sich führen würde, wenn wir es heute nicht täten. Aber eine Sache möchte ich an dieser Stelle klar sagen: Wir haben die Zusage bekommen, dass keine einzige Wohnung nicht gebaut wird und dass wir unser Sanierungsprogramm weiterfahren. Wenn wir als SPD-Fraktion im Verlauf mitbekommen, dass dieses Versprechen nicht gehalten ist, dann sind wir die Ersten, die Konsequenzen fordert, die fordert, dass wir Kapital zurückführen, und die schaut, dass wir diesen Fehler wieder beheben. Und dafür stehen wir als SPD-Fraktion ein.

**Stadtrat Seidler (AfD):** Die AfD-Fraktion hat den Doppelhaushalt unter anderem deshalb abgelehnt, weil, Zitat der Stadtkämmerei „ein auf Kante genähter Haushalt eine hochrisikante Angelegenheit war“. Das vernachlässigte Prinzip der kaufmännischen Vorsicht, kalkuliert Kosten vorsorglich etwas höher und Einnahmen etwas niedriger anzusetzen, ist die Grundlage klugen Wirtschaftens, um auch bei Unvorhersehbarem nicht gleich in Not zu geraten. Der Auslöser der jetzigen Haushaltslage war sicher unerwartet. Eine EnBW-Tochter verlor die siebte Offshore-Wind-Auktion der britischen Regierung gegen die RWE aus Essen. Die Folge? Gewinnrückgang infolge Sonderabschreibungen. Die EnBW veröffentlicht als Aktiengesellschaft, aber auch Quartalsberichte, und daraus waren für 2025 bereits deutliche Gewinnrückgänge zu entnehmen, sodass rückläufige Gewerbesteuerzahlungen eben nur zum Teil überraschend waren.

Doch die nächste, noch viel größere Herausforderung ist die enorme, derzeit enorme Steigerung bei den Energiepreisen. Selbst wenn der Irankrieg bald endet, sind für die weltweite Versorgung mit Energie wichtige Anlagen und Terminals beschädigt oder zerstört und fallen mittelfristig oder länger aus. Energiepreise auf einem sehr viel höheren Niveau als noch im Januar treffen auch die Stadt als Energieverbraucher mit steigenden Kosten. Die Unternehmen wiederum können steigende Energiekosten erst zeitlich verzögert an ihre Kunden weitergeben, mit der Folge, dass die Gewinne zurückgehen und entsprechend auch weniger Gewerbesteuer zu entrichten ist. Sobald die Unternehmen ihre Kosten

weiterreichen können, steigen die Preise über alle Branchen hinweg, gefolgt von höheren Lohnabschlüssen, infolge der höheren Inflation. All dies wird die Stadtkasse sowohl auf der Ausgabenseite als auch der Einnahmenseite treffen. Außerdem ist die konjunkturelle Schwäche in Deutschland im dritten Jahr in Folge zu beachten. Stand heute gibt es somit keine Anzeichen auf bald wieder steigende Steuereinnahmen für die Stadt Karlsruhe. Die von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen bringen schnell und kurzfristig Entlastung und sind größtenteils die gleichen wie bei der letzten Haushaltssperre, damals angeblich eine einmalige Maßnahme. 2025 wurden den städtischen Beteiligungen 35 Millionen Euro entzogen, nun sind es bereits 43 Millionen. Wie oft lässt sich das noch wiederholen? Und damit werden immer nur Löcher auf dem Leck gewordenen Schiff namens Stadt Karlsruhe gestopft, in der Hoffnung, dass das Schiff es noch irgendwie bis in den nächsten Hafen schafft. Stattdessen muss das Schiff von Lasten befreit werden, um die Kiellinie aus dem Wasser zu holen und das Schiff seetauglicher zu machen. Daher brauchen wir, ob wir es wollen oder nicht, einen Nachtragshaushalt, der sowieso früher oder später kommen wird. Wir sagen Ja zur Haushaltssperre und Nein zu den vorgelegten Maßnahmen.

**Stadtrat Noé (FDP/FW):** Wir stehen heute erneut vor der Aufgabe, über die Ausgestaltung einer hauswirtschaftlichen Sperre zu entscheiden. Für meine Fraktion hat dieses wiederkehrende Verfahren inzwischen schon etwas von einem vertrauten Hollywood-Klassiker, denn man könnte sagen: Täglich grüßt das Murmeltier. Unser Murmeltier Phil blickt im Februar aus seinem Bau, erkennt das Haushaltsloch und zieht sich sofort wieder zurück. Und man hat den Eindruck, er weiß längst, dass der Frühling im Karlsruher Rathaus etwas später einziehen wird. Doch ein verlängerter Winterschlaf ist für uns natürlich heute keine Option. Befinden wir uns denn immer noch in der vorläufigen Haushaltsführung? Die Verwaltung hat auf die erneuten Ausfälle bei der Gewerbesteuer rasch reagiert. Mit einem Sofortplan, einer Stellenbesetzungssperre, und dem Blick auf die Rücklagen der wirtschaftlich erfolgreichen Töchter. Das sind Maßnahmen, die wir bereits kennen und die in schwierigen Zeiten auch nachvollziehbar erscheinen. Auch die Hinweise, die wir heute auch von den anderen Fraktionen immer wieder gehört haben, Hinweise aus Bund und Land, sind natürlich völlig berechtigt. Das Konnexitätsprinzip wird nicht eingehalten. Es muss eigentlich gelten: Wer bestellt, bezahlt. Der Grundsatz ist klar, an der Umsetzung hapert es.

Doch so berechtigt diese ganzen Feststellungen sind, sie ersetzen nicht den Blick nach vorn. Und der Blick nach vorn ist: Wir brauchen strukturelle Reformen im Haushalt. Eine Neuaufstellung der Verwaltung ist für uns unvermeidlich. Und ich sage es deutlich im Hinblick auch auf die Mitarbeiter. Es geht eben nicht darum, Mitarbeitende zusätzlich zu belasten, sondern darum, Aufgaben effizienter, moderner, verantwortungsvoll zu organisieren und vor allem, es ist schon angeklungen, zu priorisieren. Pflichtaufgaben müssen neu geordnet, freiwillige Leistungen mit Augenmaß geprüft werden. Und ich halte hier schon gleich fest: Uns geht es nicht darum, Standards im sozialen und im Bildungsbereich abzusenken. Aber die Bürgerinnen und Bürger der FDP und der Freien Wähler erwarten von uns wirtschaftliche Vernunft und Haushaltsdisziplin. Und wir haben in den Haushaltsberatungen viel abgewogen, vielen etwas zugemutet, auch unserer eigenen Fraktion viel zugemutet. Wir sind an die Grenze dessen gegangen, was wir politisch vertreten können. Nun ist es auch an den anderen Fraktionen, besonders geschätzte Projekte in den Bereichen Klima, Kultur, Demokratieförderung mit derselben Ernsthaftigkeit zu prüfen, mit der sie sonst stets verteidigt werden. Die entscheidende Frage lautet nämlich: Was stärkt unsere Stadt wirklich und was kann auch privat organisiert und finanziert werden? Eines möchte ich jetzt klar für unsere Fraktion betonen: Ein weiterer Eingriff in die Gewinnausschüttung der

Volkswohnung lehnen wir ab. Es war eine eindeutige Aussage dieses Gremiums, dass der letzte Eingriff ein einmaliger Vorgang sei. Das hat sich nun nicht bewahrheitet. Das ist für uns kein nachhaltiges Haushalten, sondern ein Eingriff in die Substanz, und wir sollten diesen Weg nicht beschreiten.

**Stadtrat Gaukel (Volt):** Herr Noé hat mir ein bisschen den Start geklaut, aber ich verwende es einfach wieder, weil wir müssen ja sparen. Monatlich grüßt das Haushaltsdefizit. Wir waren alle erleichtert, als der Haushalt stand, und ich schließe mich da dem Dank des Kollegen Hofmann auch an, dass wir das doch mit einer großen Mehrheit am Ende durchgebracht haben. Und ich hoffe, dass wir auch weiterhin konstruktiv daran arbeiten werden, dass es weitergeht, wie auch hier bei dieser Sperre. Ob wir aber nun wirklich an die Prioritäten rangehen, darauf hoffe ich, aber wenn ich mir auf die Ausarbeitung der letzten vier Haushaltssicherungsstufen anschau, da war ja eigentlich auch schon höchste Eisenbahn und es hat noch nicht geklappt. Na ja, vielleicht klappt es jetzt mit uns etwas besser. Wir hatten ja bereits im Haushalt dazu Anträge gestellt und werden uns auch weiter dafür einsetzen.

Aber nun zu später selbst. Auch das wurde schon gesagt: Das sind keine wiederholbaren Kürzungen, mit der wir jetzt aufheben wollen. Gerade die Streichung an KVVH erhöht die Dringlichkeit, eine Lösung in der Finanzierung des ÖPNVs gerade auch mit dem Land zu finden. Die Volkswohnung ist für uns ebenfalls ein sehr schwieriges Thema, denn was wir brauchen, sind günstige Mieten und sozialen Wohnungsbau. Wir brauchen diese Wohnungen in Karlsruhe. Aber hier konnte auch der Geschäftsführer ja darlegen im Hauptausschuss, dass die Auswirkungen dieser Summe keine direkten Auswirkungen haben. Diese Summe und keine direkten. Also auch hier: Das kann nicht weitergehen und wir müssen die Volkswohnung stützen. Aber wo sind aktuell die Alternativen? Da ist wohl aktuell nichts weiter möglich. Wir freuen uns aber, wenn der grüne Antrag verfolgt werden kann, um die Volkswohnung hier trotzdem weiterhin handlungsfähig zu machen. Nun auch noch weiter zum Personal. Auch hier sind seit Jahren die Einsparungen vor allem auf dem Rücken des Personals abgefedert worden, da die Reduktion der Aufgaben meistens gefehlt hat. Auch hier wieder das Stichwort Priorisierung. Nun ist diese Sperre eigentlich unzumutbar, aber ein Nicht-Aufheben dieser Sperre ebenfalls, denn sonst hätten wir keinen zu bewirtschaftenden Haushalt. Und das ist auch wieder am Ende ein Problem für die Dienststellen und damit dann auch wieder für die Mitarbeitenden. Wir haben ja versucht, die Personalsperre etwas abzumildern. Daher auch der Gedanke: Personalsperre im Tiefbauamt, dann können ja auch gar nicht so viele Sachmittel genutzt werden, denn 65 Millionen ist ja auch ein großer Topf. Und im Vergleich zu anderen Städten sind unsere Straßen doch eigentlich ganz gut, ist zumindest der Eindruck, auch wenn ich andere Menschen frage, die hier umherfahren und vielleicht mal in Pforzheim waren. Aber ja, uns bleibt hier wohl nichts anderes, als der Einschätzung zu folgen. Unterhalten uns aber gerne zu diesem Thema noch mal im Nachgang, um besser zu verstehen, welche Straßen denn auch wirklich wie dringend saniert werden müssen. Trotzdem möchten wir einmal noch auf den Bereich der Gleichstellung hinweisen, der ja der zweite Teil des Antrags war. Hier gerade die Themen Teilzeitstellen und Rückkehrmöglichkeiten ins ursprüngliche Beschäftigungsverhältnis. Das ist vor allem auch ein Thema für viele Frauen von Pflegen, von Elternzeit. Und das kam auch aus dem gleichstellungspolitischen Austausch heraus, dass da eine Gefahr ist. Und da würden wir eben da noch mal appellieren, dass Sie das bei diesen Ermessensspielräumen der Personalbesetzungssperre auch auf dem Schirm haben. Vielen Dank.

**Stadträtin Berghoff (Die Linke):** Jetzt stehen wir als Linke wieder vor einer Grundsatzfrage, bei der wir, und das nehme ich jetzt mal vorweg, und das dürfte auch die wenigsten überraschen, nicht mitgehen werden. Es ehrt die Verwaltung, und das meine ich ernst und absolut unironisch, dass wir nicht erneut an im Haushalt verabschiedete Beschlüsse gehen und einzelne Einrichtungen doch mehr belasten oder Zuschüsse wieder kürzen wollen. Aber grundsätzlich und im Detail haben auch Teile der hier vorliegenden Maßnahmen erhebliche Auswirkungen auf die Stadtentwicklung und die Stadtgesellschaft. Eingehen möchte ich, weil schon viel gesagt wurde, nur noch auf zwei große Punkte. Wir haben große Probleme mit der Besetzungssperre, insbesondere angesichts der ohnehin schon großen Belastung für das verbliebene Personal. Und wie Herr Gaukel schon erwähnt hat, wir sehen auch insbesondere Frauen benachteiligt, die nach Rückkehr aus Elternzeit Probleme bekommen oder eben nicht in der Lage sein werden, ihre Stunden wieder aufzustocken, und so in der Teilzeit hängen bleiben. Wir erwarten hier Fingerspitzengefühl bei der Auswahl der Ausnahmekriterien, auch mit Blick auf die personelle Ausstattung von sozialen Einrichtungen und explizit Schutzräumen. Grundsätzlich stehen wir gegen jegliche Veräußerung städtischer Gebäude und Liegenschaften, um unseren Kernhaushalt zu sanieren. Das sind dann genau die Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten, die uns fehlen, um die Stadtentwicklung und die Entwicklung von Wohnraum selbstbestimmt vorantreiben zu können. Den für die Volkswohnung eingeplanten Maßnahmen können wir nicht zustimmen. Generell ist die Abschöpfung von Gewinnen städtischer Gesellschaften für die kurzfristige Konsolidierung nicht nachhaltig, wenn man, wie der Kollege Huber schon erwähnt hat, überhaupt von Gewinnausschüttung sprechen kann, wenn dafür beliehen oder Kredite aufgenommen werden müssen. So wird das Problem nur in die Bilanzen der Tochterunternehmen verschoben und die Entwicklung der städtischen Infrastruktur massiv erschwert.

Viel zu wenig wurde unseres Erachtens auch über die Ursache bzw. die Verursacherin gesprochen, verbunden mit der Tatsache, dass das Land Baden-Württemberg hier maßgeblicher Anteilseigner ist. Einzelne Stimmen werden jetzt sagen, so funktioniert das nicht, und ich möchte entgegnen: So sollte es aber funktionieren. Dieser Sachverhalt macht außerdem die Missstände der Fiskalpolitik, der Kommunenfinanzierung und auch des Verhältnisses zwischen dem Land und den Kommunen mehr als deutlich.

**Stadträtin Döring (KAL):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe KollegInnen, geht es Ihnen auch so? Ich bin müde. Müde von immer neuen Hiobsbotschaften, den städtischen Haushalt betreffend. Müde von der Abhängigkeit der Kommunen, von potenten Gewerbesteuerzahlenden. Müde von der immer wieder dargestellten strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen durch Bund und Land und vor allem davon, dass die lauten Rufe nicht ausreichend gehört werden. Müde vom Sparen auf dem Rücken der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Aber es hilft ja nichts. Wir müssen uns den Gegebenheiten stellen. 60 Millionen mal eben einsparen, nachdem wir erst im Dezember um jeden Euro gerungen haben, teilweise Beträge von wenigen Tausend Euro abgelehnt oder zugestimmt haben. Die Verwaltung hat uns ein Paket geschnürt, das meine Fraktion heute so mitträgt, aber auch mit Bauchschmerzen. Die Gewinnabführungen aus den städtischen Gesellschaften lassen sich nicht beliebig wiederholen. Wir zehren die notwendigen Rücklagen auf. Noch viel mehr schmerzen auch uns die Einschnitte im Personalbereich. Die Belastung der städtischen Mitarbeitenden wird sich erhöhen. Die Bearbeitung von Anträgen und Anliegen aus der Bürgerschaft wird sich vermutlich noch mal verlangsamen. Ich habe große Hochachtung vor allen, die sich dieser Herausforderung stellen und nicht mit wehenden Fahnen

Reißaus nehmen. Der Antrag der Grünen-Fraktion zur Unterstützung der Volkswohnungen hat bei uns durchaus Sympathien. Wir sehen ihn allerdings auch mit der Antwort der Verwaltung insoweit als erledigt, dass wir jetzt auf Vorschläge warten und diese auch erwarten. Denn im Bauen und Sanieren sollte unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft nicht eingeschränkt werden, und das eigentlich nicht mal unwesentlich. Wir gehen die Vorlage also heute mit. Wir haben auf die Schnelle nämlich auch keine bessere Idee. Außer vielleicht appellieren, appellieren, appellieren und vielleicht Kaffee gegen die Müdigkeit.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Ob Kaffee hilft, bin ich mir nicht ganz sicher. Aber was wir feststellen können: Der Druck steigt. Er steigt täglich. Zunächst hatte ich befürchtet, als ich von den 60 Millionen gehört habe, jetzt geht es los wieder mit kleinteiligem Sparen. Müssen wir überall streichen, die Liste des Grauens wird verlängert. Gott sei Dank ist es nicht so gekommen. Also insofern muss ich sagen, hat die Verwaltung, wer immer dahinter steht, auch einen genialen Schachzug gemacht, der allerdings nur kurzfristig wirkt. Der ist schon genial, uns was vorzulegen, wo wir eigentlich nicht konkret irgendwo kürzen müssen. Das fand ich schon mal lobenswert. Aber wie gesagt, wir wissen ja nicht, wie sich die steuerliche Lage im nächsten Jahr 2027 entwickelt. Deswegen heißt es, dass wir jetzt schon daran denken müssen, dass wir 2027 sparen, dass wir wieder kürzen. Und jetzt ist die Frage: Was geht, was machen wir da? Das Eigenkapital der Gesellschaften wird verringert durch unsere Maßnahmen. Es wurde schon gesagt: Die Belegschaft wird belastet, deutlich mehr als bisher. Und ebenso müssen Kredite aufgenommen werden, die zu schlechteren Konditionen aufgenommen werden. Die Frage ist: Wie gehen wir weiter? Und ich glaube, ich sage das jetzt mal bewusst, dass wenn der Druck steigt, dass wir wirklich genötigt sind, Dinge zu ändern, die wir an sich nicht bereit sind zu ändern. Und zwar glaube ich, dass wir radikal den Umbau in unserer Belegschaft, in unserem ganzen Verwaltungsgeschehen vorantreiben müssen. Wir müssen hier radikal, würde ich, andere Strukturen eigentlich schaffen, machen. Unser Verwaltungsgeschehen ist nicht von Vertrauen geprägt, sondern von Kontrolle und Misstrauen und ständiges Überwachen. Deswegen glaube ich, dass man das sehr viel vereinfachen kann. Man kann sehr viel neu denken. Wir müssen Dinge neu denken, die wir bis jetzt nicht so gedacht haben. Wir müssen auch Dinge, dem galt ja unsere Anfrage, wir müssen auch Liegenschaften veräußern. Ich frage immer wieder nach der Hebelstraße 9. Ich frage auch nach der Lammstraße, ne, Hebelstraße 12 war es, 13. Lammstraße 9, das war, wir zahlen pro Jahr 300.000 Euro Miete und mehr und nutzen das überhaupt nicht. Also wir haben offensichtlich Gelder, die fließen einfach raus. Also wir müssen das sehr radikal und umfassend anschauen, sonst haben wir keine Möglichkeit, wirklich, das in Ordnung zu bekommen. Also positiv angemerkt zum Schluss: Der Druck steigt, aber Sie wissen, Diamanten entstehen unter Druck.

**Der Vorsitzende:** Ja, vielen herzlichen Dank für die lebhafteste, aber auch letztlich doch überwiegend anerkennende Position für unsere Vorschläge. Dass wir von der Verwaltung mit diesem Maßnahmenpaket Ihnen vorschlagen, die Sperre umzusetzen, hat viel damit zu tun, dass wir die Ergebnisse auch der Haushaltsberatung im Dezember ausdrücklich anerkennen wollen. Und zwar auf der einen Seite dadurch, dass wir jetzt nicht alles, was Sie beschlossen haben, wieder infrage stellen wollen. Das ist die Richtung zu Ihnen, aber auch zur Richtung der Verwaltung, dass sie endlich mit dem schon genehmigten Haushalt jetzt auch mal losarbeiten kann. Denn Sie können sich gar nicht vorstellen, wie viele Befürchtungen ich in der Bürgerschaft, in der Verwaltung, aber auch in der Kommunalpolitik nach diesen Januar-Hiobsbotschaften bekommen haben. So nach dem Motto: Können wir denn noch sicher sein, dass eventuell die Zuschüsse, die zugesagt worden sind, auch fließen? Wie

können wir denn mit unseren Projekten umgehen? Wie sollen wir denn das alles machen? Und deswegen haben wir uns eben als Verwaltung zusammengerauft und haben hier ein Paket geschnürt, das Ihnen heute ermöglicht, nicht nur diese Sperre zu erlassen, die könnte ich auch alleine erlassen, aber wir haben schon vor einem Jahr gesagt, wir machen das immer im Gleichklang und mit dem Einklang auch mit Ihnen, sondern sie auch gleich wieder umzusetzen, sodass wir jetzt dann in den nächsten ein, zwei Tagen mit unserem entsprechenden Haushaltserlass auch den genehmigten Haushalt umsetzen können.

Alle haben recht, das kann sich im Juni schon wieder ändern, wenn die Steuerschätzung kommt, aber wir sind trotzdem wieder einen großen Sprung von einem Nachtragshaushalt entfernt, und einen Nachtragshaushalt möchte ich in diesem Jahr eigentlich nicht mit Ihnen besprechen müssen, weil wir müssen für das Haushaltsjahr 28/29 sowieso wieder in der Größenordnung von 80 bis 100 Millionen ran, und wenn wir jetzt einen Nachtragshaushalt machen, da müssen wir 27 vielleicht auch noch einen machen, und dann stellen wir uns für den Haushalt 28/29 noch mal auf. Ich glaube, das halten wir auf Dauer, und da bin ich völlig bei Ihnen, so viel Kaffee können wir gar nicht trinken, Frau Stadträtin Döring, um das durchzuhalten. Deswegen brauchen wir jetzt endlich mal die Ruhe, den Haushalt umzusetzen, den wir haben, und wir brauchen die Ruhe, dass wir mittelfristig die sogenannten Verwaltungsaufträge abarbeiten, da geht es ja genau um die Punkte, alles an Vermögen auf den Prüfstand stellen, die Arbeitsstrukturen angucken, die Digitalisierung noch mal systematisch durchgehen und, und, und.

Eines, Herr Stadtrat Kalmbach, kann ich aber nicht bestätigen: Unsere Verwaltungsarbeit ist nicht von Misstrauen und übermäßiger Kontrolle geprägt, sondern wir haben an vielen Stellen auch Haftungsprobleme, wir haben auch entsprechende Sicherungsprobleme, und wenn hier nicht auch ganz viel an der Stelle an Freiräumen auch durch Land und Bund kommt, ich rede nicht von den Finanzen, die kommen auch noch, sondern von Freiräumen, dann werden wir das an der Stelle alleine durch mehr Vertrauen auch nicht gebacken kriegen, und wir sind nicht so ineffizient, wie man uns das immer gerne unterstellt, das kann ich zumindest, wenn ich in die Verwaltung reingucke, auch nicht beobachten. Aber wir nehmen all das auf, und wir werden es eben in der Mittelfristigkeit versuchen, so umzusetzen, dass wir eine bessere Ausgangssituation haben, wenn wir uns dann der Haushaltsaufstellung 28/29 zuwenden.

Jetzt kommen wir in die Abarbeitung der verschiedenen Anträge und Vorlagen. Ich würde jetzt erst mal die Vorlage unter TOP 9 zur Abstimmung stellen, weil da erst mal die Sperre gemeinsam beschlossen wird, und alle Änderungsanträge beziehen sich dann auf das 60-Millionen-Paket, das arbeiten wir dann unter 9.1 ab. Deswegen zunächst mal TOP 9 der entsprechenden Ansetzung der Sperre, und da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung, vielen Dank.

Bevor wir jetzt 9.1 in die Abstimmung bringen, beschäftigen wir uns mit den verschiedenen Änderungsanträgen. Das ist nämlich einmal 9.2, die Kapitaleinlage durch Zuführung von städtischen Grundstücken. Da haben Sie uns signalisiert, Herr Dr. Cremer, dass wir da mit Ihnen über ein Grundstück oder Grundstücke in die Diskussion gehen. Wir brauchen ja die Volkswohnung einerseits, wir brauchen Sie als Gemeinderat andererseits. Da machen wir Ihnen Vorschläge und werden das dann im Lauf des Jahres miteinander klären. Wir sperren uns an der Stelle nicht.

Dann kommt die Anfrage von Für Karlsruhe. Das ist eine Anfrage, die haben wir beantwortet. Wenn es da noch Unklarheiten gibt, bitte noch mal nachfragen.

Und dann haben wir 9.4, den Änderungsantrag der Volt, der aus zwei Elementen besteht, nämlich einmal die Reduktion der Einsparungen, die wir durch den Besetzungsstopp erreichen wollen und dafür etwas aus der Straßeninstandhaltung nehmen. Da würde ich den Herrn Bürgermeister Fluhrer bitten, uns das kurz zu erläutern. Bitte schön.

**Bürgermeister Fluhrer:** Es drängt mich regelrecht, einfach ein paar Zahlen Ihnen kundzutun, damit Sie sozusagen wissen, was Sie entscheiden. Unser Topf des Straßenunterhalts, also ich rede jetzt nicht von den Investitionen, sondern vom Unterhalt, der beträgt etwa 16,5 Millionen Euro. Und davon, das muss man wissen, sind unsere Fixkosten über 15 Millionen, die zweckgebunden sind. Das heißt, unser freies Budget ist etwa anderthalb Millionen. Das geht von, sagen wir mal, vom Teer, um einen Eimer zu befüllen, bis zum, sozusagen, bis zum Mantel für einen im Tiefbau. Und ich will Ihnen aber sagen, damit es logisch ist, was ich Ihnen sage, auch kurz mit einsteigen, warum das so ist. Wir haben relativ große Verbindlichkeiten, beispielsweise Strom, Straßenbeleuchtung um die 2 Millionen, Strom für Verkehrsbeleuchtung, Dienstleistungspauschalen, Betriebskostenpauschale für die Stadtwerke, kommunale Dienste, das ist der ganze Unterhalt der Straßenbeleuchtung, über 5 Millionen, Wartung von Tunnel, Lichtsignalanlagen und so weiter von über 3 Millionen, Versicherungen, Lizenzen, Mobilfunk, alles, was da sozusagen drin ist. Also es geht auch der ganze Unterhalt der Tunnel und der Sicherheit mit einher. Also es sind sozusagen viele Summen, die ich jetzt nicht im Detail Ihnen aufschlüsseln möchte, aber dass Sie sehen, das ist tatsächlich zweckgebunden. Und wenn Sie sozusagen in diesen Topf greifen, wäre die Verkehrssicherheit gefährdet. Das heißt, man kann alleinig darüber diskutieren, zukünftige Investitionen zu verschieben. Aber da würden wir Ihnen auch vor der Sommerpause noch mal zwei Vorlagen reingeben. Zum einen, was den Unterhaltsstand der Straßen als auch der Brückenbauwerke angeht. Und da sind wir im Moment in Richtung Verschleiß. Das heißt, wir müssten mehr Budget als bisher, was nicht realistisch ist, aufwenden, um sozusagen den Status quo zu erhalten. Einfach, dass Sie Bescheid wissen. Danke.

**Der Vorsitzende:** Insofern würden wir Ihnen zusagen, dass wir zu dem Thema noch mal auf Sie zukommen. Aber ich würde im Moment raten, dass wir diese Position jetzt nicht reduzieren. Der zweite Teil Ihres Antrags, Herr Stadtrat Gaukel, bezieht sich ja darauf, dass Sie mich animieren wollen, in bestimmten Bereichen etwas mehr großzügiger mit den frei werdenden Stellen umzugehen. Mir sind an der Stelle ein paar Dinge ganz wichtig. Bewerbende, die bereits eine Zusage bekommen haben, werden eingestellt. Das haben wir in den letzten Wochen so gemacht. Die Menschen, die aus Elternzeit zurückkommen, haben einen Anspruch auf Wiederbeschäftigung. Da gibt es auch nichts zu rütteln. Auch das ist völlig klar. Teilzeitaufstockungen gucken wir uns nicht nur dahingehend an, ob das von der Aufgabenstellung her unbedingt nötig ist, sondern wir werden hier auch ausdrücklich Einzelfälle mit entsprechend familiären Hintergrund berücksichtigen. Aber ich kann es nicht pauschal sagen, dass jede Aufstockung am Ende dann möglich ist. Da muss es dann relativ strenge Kriterien geben, aber auch das schauen wir uns im Einzelfall an. Entfristung von Verträgen für Schlüsselstellen, die für einen Weiterbetrieb der Stadt nötig sind, das ist natürlich genau die klassische Begründung, warum ich überhaupt Stellen dann wieder freigeben muss. Insofern tun wir das auch heute schon. Und von daher glaube ich, ich fühle mich durch Sie animiert, aber einen Teil der Animation habe ich auch schon selber so umgesetzt. Von daher würde ich es dabei bewenden lassen. Und wir werden Ihnen ja, falls

Ihnen noch andere Stellen hier dann über den Weg laufen, fragen Sie bitte in Einzelfällen auch durchaus nach. Wir machen uns da wirklich sehr, sehr große Mühe. Aber lassen Sie mich bitte die von mir ausgesprochene Wiederbesetzungssperre auch gestalten. Dann haben Sie auch am Ende einen Schuldigen. Und wir gucken danach, dass es am Ende doch verträglich abläuft. Wenn Sie damit so einverstanden wären, Herr Stadtrat Gaukel.

**Stadtrat Gaukel (Volt):** Vielen Dank. Also wir wissen ja auch, dass Sie da schon einige Dinge bedenken wollen, dass Sie nur noch mal die Punkte mitgeben zum Unterstreichen. Von daher ist das für uns so okay. Wir hatten jetzt nur aus dem Gespräch gehört, dass es da halt noch mal die Sachen gibt. Und wir wissen, dass das ja auch von der Seite aus noch mal verfolgt wird. Von daher nehmen wir Sie da gerne beim Wort, und wenn wir was hören, weisen wir Sie noch mal drauf hin.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Damit können wir die unveränderte Umsetzungsvorlage zur haushaltswirtschaftlichen Sperre unter 9.1 jetzt zur Abstimmung stellen. Und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine Zustimmung mit großer Mehrheit. Herzlichen Dank für diese Unterstützung für den Kurs, den wir Ihnen hier vorschlagen. Wir machen damit jetzt eine Pause und treffen uns hier um 18:00 Uhr wieder. Vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:32 bis 18:00 Uhr)

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
7. April 2026